

DE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER ◦ STREBE ◦ ZUM ◦ GANZEN ◦ UND ◦ KANNST ◦ DU ◦ SELBER ◦ KEIN ◦ GANZES ◦ WERDEN
ALS ◦ DIENENDES ◦ GLIED ◦ SCHLIESS ◦ AN ◦ EIN ◦ GANZES ◦ DICH ◦ AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 49

Charlottenburg, Freitag, den 7. Dezember 1906

Jahrg. 33

Sperrn.

Bollsperrn in Deutschland: Brambach i. Voigtland (Reinhardt & Köhler). Düsseldorf (Hohmann). Elsterwerda (Steingutfabrik). Göppingen (Emaillierwerk). Lauf (Fritz Krug). Langenberg bei Gera (Duse & Büttner). Martinroda (Eger & Co) Neuhalbensleben. (Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Sorau. Stogheim. Wunstedel. Berlin für Schildermaler.

Halbsperrn in Deutschland: Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Ebers, Emaillierwerk). Flörsheim a. Main. Freienoria. Gräfenroda (Seene, Heißner, Eckert & Menz). Königszelt-Kranichfeld. Neustadt bei Coburg. Oeslau. Passau. Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperrn in Oesterreich: Königszelt bei Brunn für Maler. Briesen bei Billn (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Joles (Porzellanfabrik). Lboje bei Gili in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Bessau für Maler. — Ludwig Pröschold & Co., Porzellanfabriken in Dallwitz und Elbogen. Bessau (Tichy & Schönfeld).

Die erste Lesung!

— Mit unheimlicher Eile betrieb die Reichsregierung die Beratung ihres Gesetzentwurfs betreffs der Berufsvereine durch den Reichstag. Raum, daß dieser Entwurf dem Reichstag und der Oeffentlichkeit bekannt geworden war, stand er auch schon zur Beratung im Reichsparlament. Eine derartige Eiligkeit ist man sonst nicht von der Regierung Bülow's gewöhnt, wenigstens dann nicht, wenn es sich um Gesetze handelt, die wirklich im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Aber mit dem vorliegenden Entwurf wollte man ja nichts weniger als den Arbeitern entgegen kommen und wenn noch irgend wo die Meinung herrschen konnte, daß sich trotz aller Nachteile des Entwurfs in demselben doch ein Stück ehrliche Arbeiterfürsorge der Reichsregierung spiegeln könnte, so müssen durch die erste Lesung des Entwurfs, die am 23., 24., 26. und 27. November vor sich ging, alle Optimisten gründlich kuriert sein. Aber trotzdem die Eile der Regierung höchst verdächtig erscheint und den weitesten Vermutungen unter den Arbeitern Raum läßt, brauchen wir das Abschneiden jeder weiteren Diskussion über den Entwurf vor dessen Behandlung nicht zu sehr bedauern. Was die Regierung mit der Unterbindung ausgiebiger Debatten in der Oeffentlichkeit erreichen wollte, ist durch die erste Lesung im Reichstag gründlich zu nichte gemacht worden. Die an den genannten Tagen statt gehaltenen Debatten ließen keine Unklarheit über den eigentlichen Wert dieses preussisch-deutschen Regierungsmachwerks mehr übrig.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Entwurf von den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion gründlich zersaut wurde. Die Genossen Legien und Heine sprachen. Der erstere wies in überzeugender Weise die völlige Unannehmbarkeit des Entwurfs durch die Gewerkschaften nach. Und durch ins einzelne gehende Ausführungen zerpflückte unser Redner diese Schöpfung eines kleinlichen, bürokratischen Polizeigeistes gründlich. An der Hand der einzelnen Paragraphen, denen er die wirklichen Verhältnisse entgegen stellte, bewies Legien die geradezu ins Lächerliche gehenden Unmöglichkeiten des Entwurfs. Heine war

es ein Leichtes, die juristischen Nachteile, die dieser Entwurf den Gewerkschaften zu bringen droht, ins Licht zu rücken und auf Grund seiner vielfachen Praxis wies der Redner nach, welche Fülle von möglichen Chicanen gegen die Arbeiter in diesem Entwurf enthalten ist. Mit Recht deutete Heine auf die geltende Spruchpraxis der Gerichte hin, die namentlich in den letzten Zeiten einen unglaublich hohen Grad des Unvermögens, sich in die Lage und Anschauungen der Arbeiter hinein zu denken, haben erkennen lassen. Diesen Richtern durch den vorliegenden Entwurf neue Mittel gegen die Arbeiter in die Hände geben zu sollen, läßt deutlich die Absicht erkennen, den Arbeiterorganisationen jede Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeit zu nehmen.

Auch auf Seiten der bürgerlichen Parteien fand der Entwurf lebhaften Widerspruch. Zwar bei der ausschlaggebenden Partei, dem Zentrum, war die Opposition nicht gar zu arg. Die Ausführungen des Abgeordneten Trimborn waren ein Gemisch von Ja und Nein und aus dieser Rede auf die endgiltige Haltung der Zentrumsfraktion schließen zu wollen, wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Auch die bedeutend schärfer gehaltenen Auslassungen des zweiten Redners des Zentrums ließen die allgemeine Unsicherheit nicht verschwinden. Gewiß, Herr Giesbert fühlte sich auch als Abgeordneter als Sekretär der christlichen Gewerkschaften und in teilweise recht energischen Redewendungen lehnte er den ganzen Entwurf ab. Ja, er verftieg sich sogar zu einer recht frondierenden Ansicht über die preussische Staats- und Regierungsherrlichkeit, indem er zum Entsetzen der übrigen Zentrumsmitglieder und der Konservativen sich seiner Preussenschaft schämte. Doch würde man Unrecht tun, diesen burlesken Radikalismus Giesberts ernst nehmen zu wollen. Das Zentrum braucht auch — um nach außen zu wirken — mal einen Arbeiter in seinen Reihen. Wird so ein Mitglied aber ernstlich unbequem und der loyalen Regierungstreue der größten Partei gefährlich, so hängt man den Kerl vor aller Welt auf und sagt sich — wenn er nicht klein beigegeben will — von ihm los. Ein ähnliches Stückchen leistete sich ja erst dieser Tage das Zentrum mit Erzberger, der sich unterfertigen hatte, die Kolonialskandale an die Oeffentlichkeit zu bringen. — Aber so leicht dürfte dem Zentrum der Unfall nicht werden, denn selbst die Nationalliberalen erklärten durch Bassermann ihre Abneigung gegen diesen Entwurf. Dieser Redner mußte sich in vielem den Ausführungen Legiens anschließen. Und offen erklärte Bassermann, er würde keinem Verein raten, die Rechtsfähigkeit auf Grund der vorliegenden Bestimmungen zu erwerben. In ihnen stecke ein beispiellos kleinlicher Polizeigeist. In dieselbe Kerbe hieben die Redner der Polen und der freisinnigen Gruppen: Bachnick, Träger, und selbst Mugdan konnte es nicht übers Herz bringen, diesen Entwurf als Waffe in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokraten an zu nehmen. — Nur die Redner der Konservativen und Antisemiten erklärten sich für den Entwurf in seiner vorliegenden Form. Das ist nicht zu verwundern, denn diesen Leuten ist jede Anebelung der Arbeiter gerade recht. Freilich standen sie dabei nicht vereinzelt, sondern sie fanden darin kräftigste Unterstützung durch den Nationalliberalen Deumer, der den Entwurf in allen seinen arbeiterfeindlichen Hauptbestimmungen warm verteidigte. Von diesem ausgesprochensten Unternehmervertreter war auch eine andere Stellung nicht zu erwarten.

Angeichts dieser lebhaften Opposition befand sich die Regierung in einer üblen Lage und der gewandte Rosadowsky, der Verantwortliche für den Entwurf, mußte alle seine Künfte spielen

lassen um nur eine etwas versöhnlichere Stimmung bei den bürgerlichen Parteien für die bevorstehenden Kommissionsberatungen zu schaffen. Man hätte Posadowsky so manches Mal im Verdacht, daß der Mann wirklich ein wenig soziales und arbeiterfreundliches Empfinden habe, wofür hin und wieder gelegentliche Seitenhiebe Posadowskys gegen die Besitzenden als Beweis dienen sollten. Man hat dem „trockenen Bedanten“ unter den Reichsministern bitter unrecht getan. Wenn jemand in den aus innerer Ueberzeugung und innerem Empfinden der Arbeiterschaft feindlich gegenüber stehenden preußischen Ministerrat hinein paßt, dann ist es Posadowsky. Und die ungeschminkte Art, wie dieser Mann bei der Verteidigung des Entwurfs der organisierten Arbeiterschaft den Krieg ansagte und wie er sich voll auf die Seite der Besitzenden stellte, dürfte genügen, den täuschenden Schleier geborgter Arbeiterfreundlichkeit von diesem Minister zu ziehen. Und wie ein Wetterleuchten fuhr in die Diskussion die von Heine nach gerufene Erinnerung an die 12 000 Mark-Affäre hinein. Vergebliche Mühe, daß Posadowsky sich abquälte, der vernichtenden Kritik gegenüber, den guten Willen der Regierung zu betonen, die nichts weniger als eine Chikanierung und Entrechtung der Arbeiter wünsche und daß er behauptete, alle Kleinlichen Momente, zu denen dieser Entwurf beitragen könnte, sollen fortfallen in der Praxis. Wer gibt heute in Arbeiterkreisen noch etwas auf die Absichten — und seien es die loyalsten — der Regierung? Wer kann noch den Versprechungen Posadowskys trauen? Nicht das Wollen der Regierung, das Vollendete entscheidet und nicht die beabsichtigte Loyalität herrscht, sondern in der Praxis gelten die durch die Tageskämpfe beeinflussten Leidenschaften. Und ihnen werden die Behörden, die Gerichte eben auf Grund ungemein dehnbarer Gesetzesbestimmungen Rechnung zu tragen versuchen. So glauben wir eben nicht an die Harmlosigkeit des Gesetzentwurfs und mag Posadowsky die schönsten Perioden in seinen Reden drehen. Der Entwurf bleibt nach wie vor ein Unternehmerschutz- und ein Arbeitertrutzgesetz. Zwar sagte ja auch Posadowsky, das Gesetz würde ebenfalls für die Unternehmerorganisationen Geltung haben. Freilich, nur mit dem Einwand, daß man den Unternehmern gegenüber wirklich äußerst loyal verfahren und gegen sie die mildesten Auslegungen anwenden wird.

Das Ende der Beratung war, daß man den Entwurf an eine 28-gliedrige Kommission verwies. Diese soll nun versuchen, durch eingehende Beratungen die Wünsche der Regierung und der verschiedenen Parteien zu einem brauchbaren Auszug zu verarbeiten. Wird das möglich sein? Nach den gegebenen Erklärungen schwerlich. Die Regierung betonte, an den Grundlagen des Entwurfs nicht rütteln lassen zu wollen, gegebenen Falles lieber das ganze Gesetz auf zu geben. Und die bürgerlichen Redner haben sich teilweise wieder auf das Gegenteil fest gelegt. Bei einem wirklich festen Verhalten der maßgebenden bürgerlichen Parteien, in erster Linie bei dem Zentrum, müßte der Entwurf fallen. Damit ist aber keineswegs zu rechnen. Weder das Zentrum noch die übrigen bürgerlichen Parteien sind unbedingt fest. Und gerade in der letzten Zeit hat man ja mit dem steifen Nacken bürgerlicher Opposition recht trübe Erfahrungen machen können. So kann es auch leicht bei dieser Sache werden und es ist nicht ausgeschlossen, daß die notwendige Zahl der „Volksvertreter“ zur gewünschten Zeit, bei den richtigen Stellen umfallen wird. Man darf nur einen Teil der bürgerlichen Presse — nationalliberale, clerikale, freisinnige Blätter — lesen, um zu empfinden, wie wenig zuverlässig diese Opposition ist. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ erklärte sich für den Entwurf, die Zentrums Presse hilft eben Giesbert mit zur Strecke zu bringen und von den nationalliberalen Blättern kann man ohne weiteres schweigen. Es liegt nur an der Geschicklichkeit Posadowskys, den bürgerlichen Zweiflern den inneren Gehalt des Entwurfs, die unverblühte Unternehmerfreundlichkeit in etwas „herumzuweisen“ Weise vor zu setzen, vielleicht mit einigen mehr in die Augen springenden arbeiterfreundlich schimmernden Anzeichen. In dann geht die Vorlage mit Hurrah durch. Denn gehen die schnell gehende Hauptpflicht der Arbeiterorganisationen, wie sie sich in die guten Leute gar nicht. Im Gegenteil, diese wollen sie. Das aber ist die Hauptgefahr für die Arbeiter.

Und darum sollten sich dieselben keineswegs auf die bürgerliche Opposition verlassen und den Kommissionsberatungen zu viel Hoffnung entgegen bringen. Auf die eigene Kraft sollten sie sich allein verlassen und die Zeit der Kommissionsberatungen zur Entfaltung einer ganz energischen Gegenagitation ausnutzen. In flammenden Protesten müssen sich die Arbeiter gegen dieses utreaktionäre Nachwerk erklären.

Darum auf zu Versammlungen, Protesten und zur Gegenagitation. Auch das Zuchtstrafgesetz haben wir verhindert. Bereiten wir diesem neuen Versuch, die Arbeiterschaft zu knebeln,

denselben Ausgang. Nutzen wir die Zeit, sie ist kurz. Aber ausreichend, um die durch die erste Lesung des Entwurfs gewonnenen Erfahrungen in wirksame Tätigkeit umsetzen zu können.

Die neue Arbeiterversicherung.

t. h. Die Notwendigkeit der Vereinigung aller Zweige der Arbeiterversicherung ist nach Jahre langem Drängen der Arbeiterschaft in letzter Zeit auch in den offiziellen Kreisen zugegeben worden, und es wird sogar im Reichsamt des Innern ein bezüglicher Gesetzentwurf vorbereitet. Auch Unternehmerkreise haben sich mit einer solchen gesetzgeberischen Aktion bereits einverstanden erklärt, freilich nicht aus sozialpolitischer Einsicht, sondern in der Hoffnung dabei Einiges für die Unternehmer-Interessen gewinnen zu können. Da überdies die Witwen- und Waisenversicherung, die nach § 15 des neuen Zolltarifgesetzes bis 1. Januar 1910 entweder selbständig oder im beschränkten Umfang im Anschluß an die Invaliden-Versicherungs-Anstalten in Kraft zu treten hat, vor zu bereiten ist, so nähern wir uns doch sichtbar der Zeit, da die Vereinheitlichung und damit auch unerläßlich die Vereinfachung und Ausgestaltung, kurz die durchgehende Revision der gesamten Arbeiterversicherung auf der Tagesordnung des Reichsparlaments stehen wird. Wenn wir indes verhalten wollen, daß die Reform ein Werk der Geheimräte und Juristen, verbösert durch Unternehmereinflüsse, werde, so muß das Interesse der Arbeiterschaft für die Materie in weit höherem Maße geweckt werden, als es sich gemeinlich zeigt; das Volk muß sich darüber aussprechen, wie es über das Vorhandene denkt und wie es sich den Fortschritt vorstellt. Vergewärtigen wir uns daher einmal, was in den Hauptzügen wird angestrebt werden müssen.

Vor allem werden einige weit klaffende Lücken zu füllen sein, die Schaffung einer Arbeitslosen- und die Ausgestaltung der Witwen- und Waisenversicherung. In ersterer Hinsicht ist im Grunde genommen nichts vorhanden, doch scheint man auch hier gerade nicht gern etwas bieten zu wollen. Guter Wille aber kann leicht zum Ziele führen, da er die Anerkennung dieser drei Grundsätze brächte: Erstens liegt es im Wesen der Gesellschaft, der Verelendung von großen Massen der Bevölkerung, also auch der durch Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, woraus sich auch ihre Pflicht der Kostendeckung für eine derartige Versicherung ergibt; ferner wirkt Arbeitslosigkeit umso schlimmer auf den Einzelnen, die Familie und die Gesellschaft, je länger sie dauert, weshalb, wenn die Versicherung nicht, wie am richtigsten wäre, für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit wirken soll, besser nach einiger Dauer derselben (vielleicht 4 Wochen) erst einsetzt, als nach einigen Wochen schon aufhört; endlich wird Mißbrauch gegen oder durch Arbeitslose durch Heranziehung der Arbeiterorganisationen zur Feststellung und Kontrolle des Tatsächlichen und der Arbeitslosen, wie zu ihrer Unterbringung vorgebeugt.

Witwen und Waisen sind für den Fall versichert, daß ihr Ernährer durch Betriebsunfall zu Tode gekommen ist; abgesehen vom Sterbegeld erhalten sie je 20 pCt. vom Jahresverdienst des Verstorbenen, zusammen aber höchstens 60 pCt. Im übrigen kennt die gegenwärtige Versicherung nur noch das von den Krankenkassen zu zahlende Sterbegeld. Die Hinterbliebenen sind also ungenügend, ungleich und zum erheblichen Teil gar nicht versorgt. Da ihre Versorgung in Hinsicht auf das heran wachsende Geschlecht geradezu eine Existenzfrage der ganzen Gesellschaft ist, der Arbeiter aber weniger wie alle anderen Berufe für die Hinterbliebenen zu sorgen vermag, deren Zahl entsprechend der Größe der Arbeiterklasse und ihrer Gefährdung sehr bedeutend ist, so müssen die ganz unzulänglichen Sterbegelder des Krankenkassengesetzes, und die Unfallversicherung, sowie deren Witwen- und Waisen-Rente durch eine allgemeine Witwen- und Waisen-Versicherung ersetzt werden. Es kann hier nicht die Stelle sein, des Genaueren ab zu wägen, welche Prozentsätze das Richtige treffen würden. Aber wie sie auch im Einzelnen gestaltet werden, sie dürfen in ihrer Summierung keine Verkürzung des einzelnen Familienmitgliedes darstellen oder höchstens nur insoweit, daß die Gesamtrenten der Hinterbliebenen nicht den Jahresarbeitsverdienst des Verstorbenen übersteigen; und andererseits dürfen die Gesamtrenten der Hinterbliebenen — etwa wegen ihrer geringen Zahl, also weil vielleicht nur 1—2 Personen in Betracht kommen — nicht so gering sein, daß sie auch bei bescheidenen Ansprüchen zum Unterhalt unzureichend sind, wenn die Erwerbsfähigkeit der erwachsenen Hinterbliebenen beschränkt oder gar ausgeschlossen ist. Sterbegelder mögen in Prozenten des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen berechnet werden, sollen aber einmal unter dem Betrage der wirklich nötigen

Aufwendungen bleiben, wie das heute leider sehr häufig der Fall ist.

Für alle Versicherungszweige wäre ferner der Grundsatz der Gleichheit der Renten bezw. Unterstützungsbeiträge auf zu stellen. Es sollen Witwen nicht nach dem Anlaß ihrer Witwenschaft, es sollen Kranke nicht nach der Ursache ihrer Erkrankung verschieden behandelt werden. Im allgemeinen müssen daher für Arbeitslose, Kranke, Invalide (auch die Unfall-Invaliden) die gleichen Unterstützungs-Einheitsätze ausgeworfen werden — aus Billigkeitsgründen und weil das die ganze Sache vereinfacht; Abweichungen mögen insofern gelten, als die Lage des Rentensuchers Teilrenten ausreichend erscheinen läßt (also z. B. bei nur teilweiser Beschränkung der Erwerbstätigkeit) wie andererseits ein Kur- bezw. Heilzweck besondere Verpflegungszusätze rechtfertigt; eventuell könnten auch für Orte mit hohen Wohnungsmieten und hohen Lebensmittelpreisen (also für Großstädte etwa) Lokalzuschläge vorgesehen werden. Uebrigens müssen alle Renten so beschaffen sein, daß sie die Not von dem Rentennehmer wirklich fern halten.

Wie schon in Hinsicht der eigentlichen Versicherung das Gesetz ganz allgemein verständlich gefaßt sein muß, so auch in Hinsicht der äußeren Formalien. Daher muß es in jedem Orte nur eine Stelle, bezw. Hauptstelle geben, bei der alle Anträge zu stellen und von der alle Bescheide erster Instanz zu erteilen, auch alle Zahlungen zu leisten sind. Diese Stelle sei in allen Städten und größeren Industriedörfern eine neu zu schaffende, aus Wahlen am Orte hervor gehende Verwaltung; auf den ihr zugeteilten Dörfern hätte diese Verwaltung Meldestellen zu errichten, und das Gleiche hätte von den Verwaltungsämtern der großen Städte in den einzelnen Stadtteilen zu geschehen. Wie immer auch die sonstige Organisation der Arbeiterversicherung sein mag, außer jener Stelle sollte mit den Versicherten keine weitere Verwaltungsbehörde zu tun haben. Ist mit dem Bescheid der lokalen Verwaltung der Versicherte oder eine der höher geordneten Versicherungs-Verwaltungsbehörden nicht einverstanden, so bleibe dem einen und dem andern Teil nur der gerichtliche Weg.

Als Gericht erster Instanz möge in jedem Fall das Gewerbeamt oder ein diesem nachgebildetes Ortsgericht gelten; ganz kleine Orte mögen eventl. einem solchem Gericht in einem Nachbarort unterstellt werden. Nur auf diese Weise können Streitigkeiten, die doch im Interesse der Versicherten, rasch, billig, mit Sicherstellung aller Beweismittel und bequem für die Rentensucher erledigt werden.

Im übrigen möge die ganze Organisation auf der Selbstverwaltung der Versicherten oder, wenn das schon nicht zu erreichen sein sollte, auf paritätischen, aus Wahlen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber hervor gehenden Verwaltungskörpern basieren. Die Vorsitzenden sollten nicht von anderen Behörden bestellt, sondern von den Ausschüssen selbst gewählt werden; ebenso auch die notwendigen Hilfsbeamten. Die Aufsicht in Verwaltung und Justizgebahrung sei allen kommunalen und staatlichen Behörden entzogen; sie sei — wie heute bei der Invaliden- und Unfallversicherung — allein dem Reichsversicherungsamt übertragen, dessen Spruchsenate auch in zweiter Instanz über alle Anfechtungen der von den lokalen Gerichten ergangenen Urteile entscheiden mögen. Die Landesversicherungsämter hingegen komplizieren die Sache nur und mögen daher aufgehoben werden; dem Reichsversicherungsamt aber könnte überlassen werden, ständig oder zeitweilig in einigen von Berlin weit entfernten Orten Sitzungen bezw. Gerichtstage ab zu halten und zu dem Zwecke auch Spruchsenate dort nieder zu setzen. Die Frage einer Reorganisation des Reichsversicherungsamts kann hier offen bleiben, da sie nichts mit der dem Rentensucher greifbaren Einfachheit des von ihm einzufolgenden Weges zu tun hat.

Die Einfachheit — das muß das Entscheidende an der ganzen Arbeiterversicherung werden: Eine Melde-, eine Kassen-, eine Gerichtsstelle — alles Uebrige hat ohne Zutun der Interessenten von Amtswegen weiter zu gehen; daher soll es auch gleichgültig sein, ob die Anfechtung des ersten Bescheids oder des ersten Urteils an eine der beiden Stellen oder an das Reichsversicherungsamt gerichtet wird, was nicht hindert, daß als Regel der Einfachheit für jeden Fall der Anfechtung die untere Gerichtsstelle bestimmt werde.

Auf diese Weise werden schon viele Versäumnisse, Unbeholfenheiten und Mißverständnisse der unglücklichen Interessenten vermieden werden. Und zu dem gleichen Zwecke schneide man den dicken Pops ab, daß Fristen-Versäumnisse den Rechtsanspruch vernichten. Solche Juristenlogik paßt nicht für arme unglückliche Menschen, die man in der Schulbildung auf das Märglichste gehalten hat; für die Arbeiterversicherung gelte als

allererster Grundsatz, daß Ansprüche daraus an keine Fristen gebunden sind, niemals verjähren und auch zu erfüllen sind, wenn sie von dem zunächst Interessierten nicht gestellt, sondern nur von dritter Seite der Versicherungsbehörde bekannt gegeben werden.

Gewiß gibt es noch eine Fülle von Fragen, welche die Regelung der Versicherung im Einzelnen betreffen, aber sie lassen sich schließlich alle auf die hier skizzierten Grundsätze, ihre Annahme oder Ablehnung zurück führen. Es bleibt daher nur noch ein Wort zur Kostenfrage zu sagen übrig.

Die Vereinigung der gesamten Versicherung wird sehr viele Verwaltungskosten überflüssig machen. Weiter wird die möglichst weit gehende Heranziehung der Versicherten zur Selbstverwaltung und zur Rechtsprechung erhebliche entsprechende Minderung der Verwaltungskosten herbei führen, namentlich dann, wenn das Netz der unteren Verwaltungs- und Gerichtsstellen recht dicht ist, weil den gewählten Personen dabei keine Unkosten erwachsen. Das zuletzt angeführte Moment wird auch die hohen Kosten der Schiedsgerichte für Beschaffung von Beweismitteln, Zeugen und Sachverständigen (Reisekosten, Porti für Akten und dergleichen) sehr herab drücken. Damit wird schon viel gewonnen für die Durchführung der Pflichten, die die Gesellschaft denen gegenüber hat, die im Kampfe um die Existenz, der auch ein Kampf um die Existenz der Gesellschaft ist, verletzt oder gar zermalmt worden sind. Das Fehlende soll man aber nicht der Klasse eben dieser Unglücklichen auflasten, auch nicht nur den Arbeitgebern, sondern allen leistungsfähigen Schichten der Gesellschaft. Das Richtige wäre der Weg der direkten Reichsteuer nach dem Grundsatz der Progression. Weigert man sich aber durchaus, diesen Weg zu gehen, so darf doch keineswegs eine Vermehrung der heute dem Arbeiter für die Arbeiterversicherung zugewiesenen Lasten erfolgen. Wenn nicht eine Verminderung derselben zugebilligt wird, so wäre der ungefähre Durchschnitt der Krankenkassen- und Invaliden-Versicherungsbeiträge — für jede Einkommensklasse berechnet —, so weit sie jetzt von den Arbeitern bezahlt werden, zusammen zu einem, nicht höher lautenden Beitragsatz der Arbeiter (entsprechend der Einkommensklasse) zu vereinigen; der Unternehmer möge außerdem einen gleich hohen Beitrag pro Kopf der von ihm beschäftigten Arbeiter beziehungsweise Angestellten entrichten. Beide Beiträge würden wie heute die Krankenkassenbeiträge mit gleichen Voraussetzungen der Folgen von den Unternehmern eingezogen werden. Alle zu den Kosten der Verwaltung und der Versicherungszwecke fehlenden Beiträge trage das Reich. Das Reich verwende hierzu die im § 15 des Zolltarifgesetzes vorgesehenen Erträge und suche sich im übrigen durch eine hohe Besteuerung der nicht im eigenen Gewerbe oder in eigener Landwirtschaft der Besitzer verwendeten Vermögen möglichst schadlos zu halten. Damit fällt auch die Notwendigkeit der Ansammlung hoher Reserven fort, die vielfach angefochten worden ist.

Verbandsangelegenheiten.

118. Vorstandssitzung vom 16. November 1906.

Entschuldigt fehlt Rudolf.

Mitteilungen von Margarethenhütte werden zur Kenntnis genommen und Beschlussfassung vertagt, weil sich Rückfrage notwendig macht. — Mitteilungen von Arnstadt, Stadtilm und Stügerbach sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Von Martinroda beantragte Unterstützungen werden für die laufende Woche bewilligt, inzwischen sollen weitere Berichte der Zahlstellen-Verwaltung abgewartet werden. — Auf eine Mitteilung des Gauleiters Hoffmann-Ilmenau Unterweißbach betreffend, soll demselben entsprechender Bescheid gegeben werden. Eine weitere Anfrage des Gauleiters, die Unterrichtskurse der Generalkommission betreffend, wird vertagt; desgleichen wird vertagt eine Anfrage wegen eventueller Teilnahme einiger weiblicher Mitglieder unseres Verbandes an den Kursen der vom Gewerkschaftsverband Ilmenau zu errichtenden Rednerschule, respektive Gewährung von Entschädigung an diese Mitglieder, nachdem eine weitere Entfernung von Ilmenau in Betracht kommt. Der Gauleiter wünscht ferner, daß ihm die Zahlkarten der regelmäßigen vierteljährlichen Arbeitslosen-Zählungen zugestellt werden, andernfalls bestünde bei ihm die Absicht, selbständige Erhebungen bei den Zahlstellen seines Bezirks am Schlusse jeden Quartals vor zu nehmen. Bezüglich des ersten Punktes wird unter entsprechender Begründung Ablehnung beschlossen; unter der gleichen Begründung soll dem Gauleiter auch von den geplanten selbständigen Erhebungen abgeraten werden. — Auf eine bezügliche Anfrage des Gauleiters wird beschlossen, daß diejenigen männlichen und verheirateten Mitglieder auf deren Lohnkonto die Frauen, respektive die ganze Familie mit arbeitet, wie dieses besonders in Thüringen sehr häufig der Fall ist, sich bis zu einer dem erzielten Gesamtverdienst entsprechenden Unterstützungsstufe im Verband versichern können. Die Frauen solcher Mitglieder können ebenfalls selbständige Mitglieder des Verbandes sein respektive werden. In solchem Fall muß unter den obwaltenden Umständen die schätzungsweise Angabe des auf die Arbeit der Frau und des Mannes entfallenden Teils des Lohnes genügen. — Von der Gaukommission ist beschlossen worden, einen größeren Posten Postkarten zur Schreibmaschinen-Schrift geeignet, an zu schaffen, womit sich der Vorstand einverstanden erklärt. — Der

beantragten Gründung einer Zahlstelle in Deesbach wird zugestimmt. — Der Zahlstelle Kuhlmann sollen die Werke von Webb und Rogers gratis für die Bibliothek überlassen werden. — Beschlußfassung über beantragte Entsendung eines Versammlungs-Referenten nach Saargemünd wird vertagt. — Auf Ansuchen der Beschwerde-Kommission soll das Material in Sachen 89 022 und 89 023 Kleinembach zugestellt werden; vom Vorstand werden Fahr- und Umzugsgelder für diese beiden Mitglieder nach § 20 des Statuts abgelehnt. — Die Bestimmungen des Gegenseitigkeits-Vertrages werden an der Hand einer Vorlage einer Beratung unterzogen; die Fortsetzung der Diskussion hierüber wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

119. Vorstandssitzung vom 19. November 1906.

Entschuldigt fehlen Korn, v. d. Aue und Stang.

Situationsberichte von Sorau und Langenberg werden zur Kenntnis genommen. — Von Düsseldorf wird berichtet, daß der Austritt der Dreher bei der Firma Josef Hohmann perfekt geworden ist. Der Zahlstelle werden die besonderen Ausgaben im Interesse des Streiks 100 Mk. aus Verbandsmitteln bewilligt. — Einer Zuschrift von Eisenberg entsprechend, sollen bezügliche Verhaltensmaßnahmen gegeben werden. — In Margarethenhütte drohen ernste Differenzen aufzubrechen und wird beschlossen, den Schriftführer nach dort zu delegieren. — Bezüglich einer Zuschrift von Meuselwitz wird Beschlußfassung vertagt und Rückfrage beschlossen. — Ein Bericht von Neuhäus a. R. wird zur Kenntnis genommen; die beantragte Delegation wird vorläufig abgelehnt und soll eventuell spätere Berücksichtigung finden. — In der Beschwerdesache 10 821 Oberhöndorf wird nach nochmaliger Einsichtnahme in das Material beschlossen, die von der Beschwerdekommision bewilligte Unterstützung zur Anweisung zu bringen. — Der Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs wird mit den beschlossenen Änderungen im Wortlaut formuliert und soll dem Vorstand des österreichischen Verbandes zur Prüfung und Rückäußerung zugestellt werden. — Mitteilungen der General-Kommission werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

120. Vorstandssitzung vom 20. November 1906.

Entschuldigt fehlen Korn und Rudolf.

Die Sperre über die Firma Voigt, Ramenz, wird auf Antrag der dortigen Mitglieder aufgehoben. — Der beantragten Gründung einer Zahlstelle in Roschütz wird statt gegeben. — Das Mitglied 4178 Hermisdorf hat Beschuldigungen gegen den Verbandsschriftführer öffentlich erhoben und beantragt die Zahlstelle hierzu, daß der Vorstand die Angelegenheit genau untersuche, respektive daß weiter Erforderliche veranlasse. Nachdem das Mitglied 4178 erklärt hat, die Beweise für seine Behauptungen sind im Protokollbuch der Zahlstelle Mitterteich enthalten, wird zunächst beschlossen, dieses Protokollbuch ein zu fordern. — Eine Zuschrift von Ahlen ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Dem Vorstand des Verbandes der Bildhauer soll auf bezügliche Zuschrift mitgeteilt werden, daß der Vorstand unseres Verbandes auf dem prinzipiellen Standpunkt steht, daß die Modelleure der Porzellan-, Steingut- u. c. Fabriken unserem Verband angehörig zu sein haben. Soweit es sich um die Aufnahme von Mitgliedern handelt, welche aus dem Bildhauer-Verband ausgetreten sind, um die erhöhten Beiträge nicht zahlen zu brauchen, wird die Aufnahme in unseren Verband verweigert. So weit nach gewiesen wird, daß solche Mitglieder bei uns bereits aufgenommen sind, werden dieselben wieder ausgeschlossen. — Der Zahlstelle Oberkohan soll die gewünschte Auffassung des Vorstandes in der Behringssfrage übermittelt werden. — Unterstützung nach § 22 des Statuts wird für 10756 Bohentrauß und 12507 Schauberg bewilligt, für 2851 Eisenberg abgelehnt. — Unterstützungen für 4106 Hermisdorf, 6722 Meuselbach werden bewilligt, für 11484 Cassel und 7585 Sorgau und 3286 Potschappel wird Rechtsschutz bewilligt. — Dem Kassierer der Zahlstelle Neuhaldensleben wird der beantragte Schadenersatz in Höhe von 32 Mk. bewilligt. — Das Mitglied 12682 Weißwasser wird auf Grund des § 18 Abs. 2 des Statuts auf die Dauer eines Jahres vom Unterstützungsbezug ausgeschlossen. — Von Margarethenhütte beantragte Zuschüsse werden abgelehnt; ein Antrag auf Rechtsschutz wird vertagt. — Dem Mitglied 11901 Einzelmitglied soll auf seine Anfrage entsprechender Bescheid gegeben werden. — Einige Beschwerden wegen Verweigerung von Krankengeld-Zuschuß in Eisenberg und Hornberg, werden als unbegründet zurück gewiesen; in § 24 des Statuts ist ausdrücklich gesagt, daß bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit 52 Wochenbeiträge entrichtet sein müssen, wenn ein begründeter Anspruch auf Krankengeld-Zuschuß vorhanden sein soll. Außerdem muß entsprechend § 23 Abs. 4 des Statuts der Anspruch auf Krankengeld-Zuschuß bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit erhoben werden. — Den Mitgliedern 97989 und 47998 Judenbach wird ausnahmsweise der beanspruchte Krankengeld-Zuschuß bewilligt, mit dem Zusatz, daß bei allen späteren Fällen verspäteter Meldung der Arbeitsunfähigkeit der Stellenkassierer Abweisung der Ansprüche erfolgt. — Dem Mitglied 2461 Duisburg wird der Krankengeld-Zuschuß für eine Woche retrograde auf Grund des § 23 Absatz 13 des Statuts. — In Angelegenheit 10910 Waldenburg hält der Vorstand bei gegebener Schlage die Entscheidung für abschließend. — Dem Mitglied 1972 G. werden für 6 Wochen à 3 Mk. Krankengeld-Zuschuß bewilligt. — Einem übertretenden Mitgliede des christlichen Verbandes in Magdeburg wird in Bezug auf Arbeitslosen-Reise-Unterstützung u. c. das in jenem Verband erworbenen Recht angerechnet, in Bezug auf Krankengeld-Zuschuß sollen die unserem Statut entsprechenden Bestimmungen in Kraft treten. — Den Mitgliedern 6756 und 10751 wird die Einzelmitgliedschaft gestattet. — Die nachgegebene Aufnahme in den Verband wird dem Vater Baumann-Schlieffee verweigert, weil derselbe seinen Verpflichtungen dem Glasarbeiter-Verband gegenüber, nach zu kommen sich weigerte, deswegen aus jenem Verband ausschied und aus diesem Grunde die Mitgliedschaft in unserem Verband nach suchte. — Paul Darr-Kronach, Karl Fiedler-Kahla, Berthold Mann-Röppelsdorf, Edwin Fiedler, Karl Welsch, Martin Proschmann-Hüttengrund, Leopold Brenner-Breslau werden mit 2 Jahren Straf-Karenzzeit in den Verband aufgenommen. Je ein Aufnahmegesuch von Saargemünd und Wallendorf und vier Aufnahme-

gesuche von Kolmar können keine Berücksichtigung finden, weil für die betreffenden Personen andere Berufsorganisationen zuständig sind. — 1480 Hahn-Breslau und 10208 Müller-Tiefenfurt werden aus dem Verband ausgeschlossen. — Die Aufhebung der Streikung für 8669, 8690, 8696 Göttha und 9898 Schwarzja wird bewilligt. — Die nachgesuchte Nachzahlung der Beiträge vom 1. Juli ab, für ein Mitglied von Kahla wird abgelehnt. — Ein Aufnahmegesuch Joh. Gläker, Berlin II wird vertagt. — Eine Ausgabe in Höhe von 76 Mk. (für Must) aus dem 12 pCt. Fonds der Zahlstelle Selb wird nicht anerkannt und soll die Zahlstelle aufgefordert werden, diese Summe dem 12 pCt. Fonds wieder zu führen. In Betracht kommt, daß die Zahlstelle Selb anlässlich eines früheren ähnlichen Falles einen ausdrücklichen Vorstandsbeschluss in der Hand hat, wonach Ausgaben zu solchen Zwecken statutenmäßig und unzulässig sind und in jedem Fall zurück erstattet werden müssen.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Entscheidungen der Beschwerde-Kommission.

Sitzung vom 28. November 1906.

Es wird zur Kenntnis genommen, daß eine Beschwerde des Mitgliedes 4904 vorgelegen hat, doch ist dieselbe zurück gesandt worden, da ein Vorstandsbeschluss in dieser Angelegenheit nicht vorlag. — Eine weitere Beschwerde des Mitgliedes 8717 G. richtet sich gegen den Vorstand wegen Verweigerung von Unterstützung und Umzugskosten. Sachverhalt ist folgender: Mitglied hatte in L. die Vollsperrgebrochen und meldete sich in R. am 8. 7. 05. bei dem Verband an. Das Mitglied wurde mit Strafkarenzzeit aufgenommen, jedoch war es unterlassen worden im Vorstandsprotokoll darüber zu berichten; auch hatte es der damalige Kassierer unterlassen, dem Mitgliede hierüber Mitteilung zu machen, obwohl es ihm vom Verbandskassierer brieflich mitgeteilt worden war. Als das Mitglied von dritter Seite hörte, daß es mit Strafkarenzzeit aufgenommen sei, erkundigte es sich beim Verbandschriftführer, worauf ihm dahin berichtet wurde, daß es nicht mit Strafkarenzzeit aufgenommen sei. Der Verbandschriftführer hatte hier insofern einen Fehler gemacht, daß er nur in dem betreffenden Vorstandsprotokoll, nicht aber in der Stammtafel nach gesehen hatte. Das Mitglied wurde kurz darauf in G. arbeitslos und beanspruchte Unterstützung, die vom Vorstand verweigert wurde, weil die Karenzzeit noch nicht war sei. Die Beschwerdekommision beschließt, die Beschwerde auf Unterstützung ab zu lehnen. Wohl sind von selten des Verbandschriftführers und des damaligen Kassierers in R. schwere Fehler gemacht worden, dadurch, daß sich ersterer nicht genügend veranlasserte als er das Mitglied benachrichtigte und daß es der Kassierer in R. unterlassen hatte, dem Mitgliede den Vorstandsbeschluss betreffs seiner Strafkarenzzeit mit zu teilen. Dies berechtigt jedoch ein Mitglied, welches mit Strafkarenzzeit aufgenommen ist und diese noch nicht überdauert hat, nicht zum Bezug von Arbeitslosen-Unterstützung. — Beschwerden der Mitglieder 89 022 und 89 028 in R. gegen den Vorstand wegen Verweigerung von Umzugskosten wurden zurück gewiesen. Die betreffenden Mitglieder waren in L. arbeitslos geworden und erhielten Fahrgelder nach St. Hier lösten sie jedoch das Arbeitsverhältnis freiwillig und siedelten nach R., wohnen sie Umzugskosten beanspruchten, über. Der Antrag auf Umzugskosten wurde jedoch auf Grund des § 20 Abs. 1 unseres Statuts vom Vorstand abgelehnt. — Weitere Beschwerden der Zahlstellen A. und B. in Sachen der Mitglieder 212, 284, 884, 222, 827 und 216, sowie der Mitglieder 10553 U. und 12597 S. behandelnd Differenzfälle und ist die Beschwerdekommision nach § 37 Abs. 1 Schlusssatz unseres Statuts nicht zuständig.

Emil Böhme, Vorsitzender. Berthold Faulian, Schriftführer.

Verwaltungswahlen für 1907.

Laut § 32 Abs. 1 des Verbandsstatuts sind im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen vor zu nehmen.

Hierzu wollen die Verwaltungen Folgendes beachten: Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind jeder in einem besonderen Wahlgange mittelst Stimmzettel zu wählen. — Für Zahlstellen von 50—100 Mitglieder ist außerdem ein Beisitzer zu wählen; für je weitere angefangene 50 Mitglieder ist ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer muß ebenfalls per Stimmzettel, kann aber jedoch in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen.

In der gleichen Weise sind 1—3 Revisoren zu wählen. Die Wahl von Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen und demzufolge nicht erforderlich. — Je nach Bedürfnis können auch Unterkassierer gewählt werden (§ 32 2 Abs. d. St.); einen statutarischen Anspruch auf Entschädigung, wie der Kassierer, haben dieselben jedoch nicht. Etwas diesbezügliche Vereinbarungen mit den Kassierern müssen den Letzteren überlassen bleiben.

An Orten, an welchen der Gründung von Zahlstellen Hindernisse entgegen stehen, sind in öffentlichen Versammlungen Vertrauensmänner auf zu stellen und dem Vorstand in Vorschlag zu bringen, welcher dieselben dann als Vertrauensleute der am Ort befindlichen Einzelmitglieder ernannt. — In derselben Versammlung, in welcher die Verwaltungswahlen vollzogen werden, ist auch ein Organ-Empfänger zu wählen. Es empfiehlt sich, hierfür den Kassierer zu bestimmen, weil demselben sämtliche Verwaltungsmaterialien zugesandt werden müssen, welche dann den Organleitungen beigelegt werden können.

Um eine ausreichende Kontrolle der Mitglieder zu ermöglichen, welche Krankengeld-Zuschuß beziehen (§ 23 Abs. 14 d. St.); dürfte es sich empfehlen, in jeder Zahlstelle einen oder mehrere Kontrolleure zu wählen.

Ferner sind in derselben Versammlung die nach § 3 der Bestimmungen für die Agitationsbezirke" erforderlichen Wahlen (in den Vororten eine Kommission von 3 Personen, in den übrigen Orten je ein Vertrauensmann) zu vollziehen.

Wählbar in die Zahlstellen-Verwaltungen sind alle Mitglieder, welche mindestens 3 Monate dem Verband angehören. (Bei neu gegründeten Zahlstellen findet letztere Bestimmung keine Anwendung.) Der Vorsitzende und der Schriftführer, welche die Zeichnung für die Zahlstelle zu vollziehen haben, müssen großjährig sein. Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Mitglieder, welche bereits ein Jahr lang der Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, sind allein zur Ablehnung der Wahl berechtigt, jedoch ist ihre Wiederwahl statthaft. — Mit Nr. 46 der „Ameise“ erhalten die Organempfänger jeder Zahlstelle ein Formular, in welches die Mitgliedsnummern und Namen der Gewählten in deutlich lesbaren Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung, (Straße und Hausnummer) ein zu tragen sind.

Auch die neu gegründeten Zahlstellen wollen ein ausgefülltes Formular ein senden.

Dieses Formular ist von der Verwaltung zu unterzeichnen und spätestens bis zum 7. Januar 1907 an den Unterzeichneten ein zu senden.

Johann Schneider,
Verbandsschriftführer.

Aus unserem Berufe.

15 pCt. Aufschlag! Vor kurzer Zeit erst brachte ein Unternehmerfachblatt einen Artikel, in dem auf einen vorausichtlich bald eintretenden Krach in der Steingutindustrie hin gewiesen wurde. Wir wendeten uns damals sofort gegen diese „Schwarzseherei“ und wiesen auf die bereits schon mehrfach recht verunglückten Prophezeiungen dieses Blattes und seines philosophierenden Artikellieferanten hin. Nun scheinen uns die Tatsachen recht zu geben; denn ein neuer Artikel in demselben Blatt und von demselben Verfasser stammend, beweist, daß noch vor wenigen Wochen die guten Leute recht schlecht über die eigentliche Geschäftslage in der Steingutbranche unterrichtet gewesen sein mußten. Zwar wissen sie anscheinend jetzt auch noch nicht alles, aber das was ihnen so von ungefähr, „vom Hörensagen zugeflogen ist“, hat aller Vermutung nach genügt, bei diesen Leuten, die auf „guten Informationen“ beruhenden Ansichten zu wechseln. Nach diesen Mitteilungen zu schließen, haben sich nämlich die Steingutfabrikanten zu einer Preiskonvention zusammen geschlossen, die in einer am 16. November in Eisenach statt gehaltenen Versammlung einen Preisaufschlag von fünfzehn Prozent beschloß. Aus diesem Vorgehen erhellt ohne Weiteres, daß die vorher betonte ungünstige Lage in der Steingutindustrie leeres Gerede sein mußte; denn es ist doch begreiflich, daß durch eine drückende Konkurrenz und durch ein starkes Ueberangebot von Waren das Zustandekommen einer solchen Konvention nicht gerade gefördert wird. Zumindest wäre die Wirkung der Konvention für ihre Mitglieder nicht in der erwarteten Weise anzunehmen. Und auch die Einführungsstände der neuen Konvention tragen dazu bei, unsere Auffassung zu bestätigen. Es dürfte wohl ausgeschlossen sein — wenn eine starke Konkurrenz und das behauptete Ueberangebot von Waren vorhanden wären — die erhöhten Preise sofort mit dem Tage, an welchem der Beschluß gefaßt wurde, in Geltung treten zu lassen. Die neue Steingutkonvention brachte das fertig. Nach Schwäche oder zu sehr in die Breite gegangener Produktion steht das gerade nicht aus. Aber überlassen wir den Streit darüber den Leuten, die ja nicht kl in im Mutmaßen und im unrichtigen Abschätzen der gegenwärtigen Lage sind. — Mehr als diese Frage interessiert uns an dieser neuen Konvention der 15 pCt. Aufschlag. Wir zweifeln nicht daran, daß die Fabrikanten diese Forderung bei den Händlern durchsetzen und dann ein gutes Geschäft machen werden. Für ausgeschlossen halten wir es aber, daß man den Arbeitern in der Steingutbranche aus freien Stücken einen Teil dieser Besserung wild zu kommen lassen. Mit der Porzellanfabrikanten-Konvention haben wir jedenfalls Erfahrungen gemacht, die eine derartige Hoffnung ohne weiteres tot schlagen. Gewiß reden die Unternehmer, — wenn sie solche kleinen Preisattacken vollführen — immer von der Notlage der Industrie. Und diese Notlage müsse man beseitigen oder eindämmen. Da aber die Herren unter der Industrie nur sich allein meinen, so ist es erklärlich, daß der Arbeiter bei derartigen Sanierungen immer mit langer Nase abziehen muß. Er muß im Gegenteil noch obendrein einen Lohnabzug drauf geben; denn die Herren Unternehmer sind gerecht und bei ihnen weiß die linke Hand nicht, wenn die rechte etwas genommen hat. Hoffentlich begreifen das unsere Kollegen in der Steingutbranche

und wir wünschen, daß sie sich ein Beispiel an den Unternehmern nehmen möchten. Diese organisierten sich, um ihre Einkommen zu erhöhen, mögen die Arbeiter geschlossen das Gleiche tun. Wir könnten ja auch mit 15 pCt. Aufschlag beginnen.

Noch eine Konvention? Von dem Drange, durch einen engeren Zusammenschluß auch die Preise für ihre Waren zu erhöhen, wurden auch die Emailleschilderfabrikanten erfaßt. So hat am 21. September dieses Jahres eine Versammlung von Emailleschilderfabrikanten statt gefunden, welche die Grundlagen zu einer Konvention für die genannte Branche entwarf. Zwar war man sich in jener Sitzung noch nicht über die Ausdehnung der Konvention bezüglich der einzelnen Artikel einig, doch wollte man in erster Linie eine Preisregulierung für Reklame- und Massenschilder dann einführen, soweit die Aufträge 5000 qdm. nicht übersteigen. Dagegen erhoben aber einzelne der Teilnehmer Einwände, so daß etwas Bestimmtes nicht geschaffen wurde. Vielmehr wurde den einzelnen Firmen Zeit bis zum 1. November gelassen, um bis dahin mit bestimmteren Vorschlägen zu kommen. Sollte das nicht geschehen, dann wollte die Handelskammer zu Frankfurt am Main, die die einleitenden Arbeiten zu führen scheint, ihre Vermittlung einstellen und die Emailleschilderfabrikanten sich selbst überlassen. Was aus jenem Bemühen geworden ist, konnten wir bisher noch nicht erfahren. An jener Sitzung beteiligten sich nach stehende Firmen: Annweiler Emaillierwerk vorm. F. Ulrich Söhne, Bergmanns Industriewerke (G. m. b. H.) Gaggenau, C. R. Dold-Offenburg, Schulze & Wehrmann-Elberfeld, Daniel Schöning-Bergedorf, Peters-Elberfeld, Hans Fink-München, O. Derol-Neu-Jsenburg, Heyne & Schreiber-Dresden, C. Lacher & Co. (München?), Ph. Schüppler-München, Gebr. Schultheiß' Emaillierwerke, Chr. Schweiß Söhne-Schramberg, W. Stopf-Dresden, Emaillierwerk Tannroda und O. Winter-Hannover.

Düsseldorf. Wie gewaltsam Arbeiter in den Streit getrieben werden, das zeigt so recht der Kampf, den unsere Kollegen mit der Firma Hohmann führen müssen. Schon im Jahre 1905 legte der Unternehmer auf verschiedene Dreher-Artikel einen Abzug von 5 pCt. und obgleich seit jener Zeit die Lage in der Porzellanfabrikation im allgemeinen und wohl auch bei Hohmann keine schlechtere, sondern eher eine bessere geworden sein dürfte, wurde dieser Abzug nicht nur nicht wieder zurück genommen, im Gegenteil, die Löhne der Dreher wurden mit weiteren Reduzierungen bedacht. Nebenher liefen andere Mißstände als da sind: Unberechtigte Defektabzüge, Massegeld, ungenügendes Reinigen der Arbeitsräume und mangelhafte Heizungsverhältnisse. Die Kollegen suchten durch eine gütliche Aussprache mit Hohmann diesen Uebelständen zu steuern. Man ernannte eine Kommission und ließ dem Arbeitgeber folgende Forderungen unterbreiten: Schaffung entsprechender Heizungs- und Reinigungsverhältnisse, Abschaffung des Masseschlaggeldes und Gewährung einer fünfprozentigen Lohnerhöhung, Beseitigung der Defektabzüge und Arbeitsschluß am Zahltag um 4 Uhr nachmittags. Diese durchweg bescheidenen Forderungen, die durch die herrschenden Zuständen im Hohmann'schen Betrieb ausreichendste Begründung erfahren, wurden von dem Unternehmer recht ungnädig auf genommen. Die beiden Kommissionsmitglieder wurden kurzerhand vor die Tür gesetzt und eifrig suchte die Firma in den Unternehmerblättern nach nicht organisierten Ersatzdrehern. Dadurch waren die übrigen Dreherkollegen gezwungen, auch ihrerseits die Arbeit nieder zu legen. Am 17. November traten sie aus. Herr Hohmann sucht und findet weitgehendste Unterstützung gegen die Streikenden bei der Düsseldorfer Polizei. Die streikenden Kollegen aber wenden sich vertrauensvoll an die übrigen Kollegen um kräftigste Unterstützung. Sie wird ihnen sicherlich zu teil und wir erwarten, daß jeder anständige Kollege den Zuzug nach Düsseldorf strengstens unterläßt.

Magdeburg. In Nr. 27 der „Magd. Volksstimme“ fanden wir nach stehende Zeilen: „In der Magdeburger Steingutfabrik C. & E. Carstens herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Die Arbeitszeit für den Betrieb ist fest gesetzt von morgens 6 bis abends 6 Uhr, bei einer Frühstück- und Besper-Pause von je einer halben Stunde und einer 1 1/2 stündigen Mittagspause. In der Gießerei bleiben die Arbeitswilligen, die bei dem letzten Gießereistreik die Plätze der Ausständigen zum Teil besetzten, während der Mittagspause im Betriebe und sch iden weiter, auch des Abends können sie nicht hinaus finden vor 7 Uhr und noch später, trotzdem um 6 Uhr Schluß der Arbeitszeit ist. Das Mittagessen wird während der Arbeitszeit auf den Arbeitsplätzen gekocht und in der Mittagsstunde so zu sagen im Gange eingenommen, denn Ruhe gönnen sich diese Leute nicht.“

Auf den Plätzen dieser Arbeiter stehen Spirituskocher, auf denen tagsüber gekocht und gebraten wird: wodurch natürlich auch in die übrigen Arbeitsräume recht zweifelhafte Dünste steigen, weil einer dies und der andre das zubereitet zum Mittagsmahl. Es kommt vor, daß schon vor der Frühstückzeit der Spirituskocher im Betrieb ist. Auch in der Drehererei wird die Arbeitszeit nicht eingehalten; auch hier wird so gekocht und gebraten, um während der Mittagspause durcharbeiten zu können. Auch kommt es in der Drehererei vor, daß Leute noch eine volle Stunde nach Schluß der Arbeitszeit an ihren Arbeitsplätzen stehen und sich keine Ruhe und Rast gönnen. Der Betriebsleitung können diese horrenden Mißstände nicht unbekannt sein, weil Herr Betriebsleiter Scherlach in der Fabrik wohnt und auch von der Arbeiterschaft öfter auf die unmenschlich lange Arbeitszeit aufmerksam gemacht wurde, aber bisher vergebens. Auch den übrigen Beamten müssen diese Zustände bekannt sein, weil sie den Tag über die Kontrolle in den Arbeitsräumen auszuüben haben. Weiter duldet es die Betriebsleitung, daß weibliche Arbeiter des Abends eine volle Stunde nach Feierabend und auch Sonntag vormittags im Betriebe tätig sind. Wie stellt sich übrigens die Feuerversicherung zu den Spirituskochern, da doch laut Vertrag mit der Versicherungs-gesellschaft sogar das Rauchen im Betriebe bei 3 Mk. Strafe verboten ist? Sollten die Spirituskocher nicht ebenso gefährlich sein wie das Rauchen? Während des Gießereistreiks hielt sich die Direktion für verpflichtet, zum Schutze der Arbeitswilligen das Dreherpersonal zusammen kommen zu lassen und jedem sofortige Entlassung in Aussicht zu stellen, der einen der Arbeitswilligen auf der Straße belästige oder nur hinter einem solchen her zu gehen wagte. Hält man es denn jetzt nicht für notwendig, die übrigen Arbeiter vor den Stänkerelen dieser Hausreißer zu schützen? Die Polizei war während des Gießereistreiks sehr aufmerksam, aber das Innere dieses Betriebes hat bisher ihr Interesse nicht erweckt.

Meuselwitz. Ein neuer Konflikt mit der Firma Müller & Gentschel scheint bevor zu stehen. Dieses Mal kommen die Brenner in Frage. Schon seit einiger Zeit, da die kleineren Stanzartikel eingeführt sind und dadurch das Einfüllen und Ausnehmen der Ofen eine Mehrarbeit gegen früher mit sich brachte, haben die Brenner alle Ursache, sich über die ungenügende Bezahlung zu beschweren. Für den Ofen werden 64 Mk. gezahlt und die Leute müssen alle Kraft daran setzen, um auf einen auch nur bescheidenen Lohn für ihre schwere Arbeit kommen zu können. Verschlechtert wurde aber ihre Lage noch durch das Inbetriebsetzen von zwei weiteren Ofen und durch die Ergänzung der Kolonne durch einige neue Kräfte. Alles in allem dürften die Arbeiter und Arbeiterinnen dadurch 10 bis 15 Prozent weniger verdienen. Man unterbreitete daher der Leitung die Forderung: Erhöhung des Brennpreises von 64 auf 75 Mk. pro Ofen und Ersetzung der 36 stündigen Arbeitsschicht durch die 30 stündige. Die Firma lehnte das Entgegenkommen darauf ab. Infolgedessen werden — wenn nicht noch eine Einigung erzielt werden kann — die in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen im Brennhaus nach zurückgelegter Kündigungsfrist die Arbeit nieder legen. Es wird daher ersucht, jeden Zuzug nach Meuselwitz zu unterlassen. — Einen weiteren Beitrag zu den in jenem Betriebe herrschenden Zuständen liefert noch folgende Notiz, die wir der „Altenburger Wtz.“ Nr. 276, entnehmen: „Als am Montag der Arbeiter Winkler um Urlaub bat, um mit zur Beerdigung gehen zu können, wurde ihm dieser verweigert. Winkler hielt es aber für seine Pflicht, mit zu gehen und ging ohne Urlaub. Als er um 3 Uhr wieder zurück kam an seine Arbeitsstelle, war diese bereits besetzt, er wurde ins Kontor geschickt, erhielt dort seinen Lohn und seine Papiere und galt als entlassen.“ Sollten derartige Fälle häufiger vorkommen, so provoziert die Betriebsleitung freilich in recht leichtfertiger Weise Kollegen und sie beschwört in recht unverantwortlicher Weise Konflikte herauf, die auch für die Firma recht trübe Seiten zeigen können.

München-Gladbach. In Nr. 45 unseres Blattes schildert wir einen Fall, wie traurig sich „christlich“ organisierte Arbeiter gegen einen von der Firma Riffarth geregelten Verbandskollegen benahmen. Da in dem über diese Angelegenheit uns zugegangenen Bericht nur von christlich organisierten Arbeitern gesprochen wurde, nahmen wir — wozu uns die Umstände berechtigten — an, es handelte sich hier um Mitglieder und um die Leitung des christlichen Keramarbeiter-Verbandes. In der letzten Nummer des Organs dieses Verbandes wurde nun darauf hingewiesen, daß der christliche Keramarbeiter-Verband in M.-Gladbach weder eine Zahlstelle noch Einzelmitglieder gehabt habe. Die von uns erzählte Geschichte sei demnach erfunden. Die Geschichte ist aber trotzdem wahr, auch in ihren Einzelheiten, nur darin haben wir

uns auf Grund der oben angeführten Ursache geirrt, daß nicht der christliche Keramarbeiter-Verband sondern der Zentralverband „christlicher Maler und verwandten Berufe“ in Betracht kommt. Der „Keramarbeiter“ hat also im Grunde genommen recht wenig Ursache, sich über uns als eine „verlogene Gesellschaft“ aufzuregen. Der Eifer ist überflüssig. So gefährlich ist unser Irrtum nicht. Ist doch der christliche Keramarbeiter-Verband von derselben Art wie sein anderer christlicher Vetter und die gegen uns gesplettete Entrüstung könnte sich nutzbringender nach der anderen Seite wenden.

Sorau. Endlich hat, — wenn die uns gewordene Mitteilung zutrifft — Herr Böhme jr. einen Obermaler bekommen. Jetzt aber fehlt es wieder an Malern. Und um diesen Mangel zu beheben, nimmt Böhme jr. was er erwischen kann. Mit den jetzigen Arbeitskräften in dem Betriebe muß es überhaupt sehr aussehen. Fortgesetzt werden wir mit Zuschriften von Kollegen bedacht, die recht anziehende Schilderungen von den sorauer Arbeitswilligen geben. So teilt man uns aus Altwasser einige Erinnerungen mit, die dort der Arbeitswillige Schuster zurückerlassen hat. Derselbe brannte seinem Logiswirt durch, dem gegenüber er seine schleunige Abreise mit einer schweren Erkrankung seiner Frau entschuldigte. Jetzt sitzt Schuster in Sorau und bemüht sich, weitere Arbeitswillige aus Tillowitz — diesem Sibirien der schlesischen Porzellaner — zu locken. Neben dem Nachwuchsschusters kamen denn auch noch zwei Tillowitzer mit: August Münster und Gustav Pressiang. Beide sollen Maler sein, haben aber in letzter Zeit so gut wie gar nicht gemalt. Der erstere war zumeist als Handlanger auf Bauten tätig und der zweite arbeitete zuletzt in einer Eisenhütte. Der neue Obermaler bei Böhme jr. dürfte also an diesen „Künstlern“ seine hellste Freude haben. Nebenbei sollen beide „Maler“ eine unbegrenzte Freundschaft gegen alles Alkoholische haben. Nicht zumindest ist Pressiang leistungsfähig in dieser Beziehung und die Arbeit in der Eisenhütte mußte er der starken Neigung zum Alkohol zum Opfer bringen. Außerdem aber ist dieser Mensch ein wiederholter Arbeitswilliger. Schon in Freiwaldau fiel er seiner Zeit den kämpfenden Kollegen in den Rücken. Doch an solchen Leuten ist nichts mehr zu ändern. Das eine kann aber einen auch dabei trösten: Trotz ihres Willens sind diese Elemente ziemlich unschädlich; sie können uns nicht dauernd schaden und dem Unternehmer nicht nützen. Die Hauptsache ist, da nach wie vor alle unsere Kollegen Sorau fern bleiben.

Teltow. Verschiedene in der teltower Porzellanfabrik (Direktion Dr. Conrad) bestehende Mißstände, auf die wir in Kürze ausführlich zu sprechen kommen werden, drängen uns, allen Kollegen äußerste Vorsicht bei Stellungsannahme nach Teltow an zu raten.

Versammlungsberichte etc.

h. Altwasser. Am Sonntag, den 11. November, fand hier im Gasthaus „Deutscher Kaiser“ eine Agitationskonferenz statt, auf der vertreten waren: Altwasser durch 3, Waldenburg durch 2, Breslau durch 2, Sorgau und Sophienau durch je 1 Delegierten; Hirschberg und Warmbrunn waren unvertreten. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission, der mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wird. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, öfters eine Konferenz abzuhalten, um den Zahlstellen immer wieder neue Anregungen zu geben. Beim Bericht der Vertrauensmänner wurden verschiedene Mängel zur Sprache gebracht, so aus Waldenburg und Sorgau, wo noch Sommer und Winter Lichtgeld abgezogen wird, trotzdem dies gesetzlich unzulässig ist. Von allen Delegierten kann erfreulicherweise von einem regen Leben berichtet werden. In Altwasser, Waldenburg, Sophienau sind Lohnbewegungen eingeleitet worden und sind nennenswerte Erfolge dabei aufzuweisen. Leider sind die Maler in Waldenburg und Sophienau äußerst teilnahmslos gewesen und konnte deshalb nicht viel für dieselben getan werden. Breslau kann auch von reger Agitation berichten und ist der Erfolge darin zu erkennen, daß in der dortigen Fabrik die Arbeiter zu 65 v. St. dem Verband angehören, auch die Schildermaler sind zum großen Teil für den Verband gewonnen worden. Zur Annahme gelangen folgende Anträge: 1. Ein Flugblatt auszuarbeiten und den Zahlstellen zur Verteilung zu übermitteln. Darauf öffentliche Versammlungen zu arrangieren mit dem Thema: „Verkürzung der Arbeitszeit und Nutzen der Organisation“ 2. Den Hauptvorstand zu erwählen, eine Rednerin womöglich Frau Steinbach oder Frau Bieg, in unseren Bezirk zu entsenden um mit der Organisation der Arbeiterinnen vorwärts zu kommen. Beim letzten Punkt der Tagesordnung entspannt sich eine lebhafte Debatte über die Stellungnahme der Zahlstelle Sorgau zu dem Agitationsbericht des Genossen Paulick und wurde der Wunsch ausgesprochen, derartige Berichtigungen für die Zukunft zu unterlassen. Hierauf gibt der Vorsitzende noch einen kurzen Überblick über die heutige Konferenz, fordert die Delegierten auf, für die Durchführung der Beschlüsse zu sorgen und stets mit dem Vorort in herzlichem Verkehr zu bleiben und schließt dann die Sitzung mit einem Hoch auf dem Porzellanarbeiter-Verband.

h. Eisenberg. Trotz der interessanten und lehrreichen Tagesordnung, welche der letzten Zahlstellenversammlung zu Grunde lag, war der Besuch derselben ein äußerst geringer. Es ist das tief bedauerlich,

den Vortrag des Genossen Böhme über die Reichsversicherungsgesetze konnte sich jedes Mitglied mit anhören. Dämmer wäre niemand geworden. Eine Umfrage bei den Mitgliedern, wer von ihnen in diesen Gesetzen Bescheid weiß, würde sicher ergeben, daß der allergrößte Teil Veranlassung hätte, sich etwas mehr darum zu kümmern, wenn ihm die Gelegenheit hierzu geboten würde. Von unsern 480 Mitgliedern waren gegen 90 anwesend. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde das Andenken des verstorbenen Genossen Hermann Lütke durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nachdem einige Aufnahmen erledigt waren, berichtete der Vorsitzende, daß sich die Arbeiterinnen bei Mählenfeld bei der bewilligten 1 Pfennig Stundenloohnerhöhung beruhigt haben. Hierauf wurde der Kartellbericht gegeben. Im Anschluß an diesen spricht die Versammlung ihre Sympathie aus für eine Anregung des Gewerkschaftskartells, für die reifere Jugend eine Bibliothek einzurichten und verpricht, diese finanziell zu unterstützen. Der Kassenbericht vom dritten Quartal ergab folgendes: Verband: Einnahme 2591,94 Mk., Ausgabe 2805,86 Mk., Bestand 286,08 Mk. 12 pSt.-Fonds: Einnahme 297,74 Mk., Ausgabe 822,14 Mk., Mehrausgabe 24,40 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 461, davon waren 287 weibliche und 174 männliche. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Beschlossen wurde noch, für die streikenden Genossen in Langenberg eine freiwillige Sammlung zu veranstalten. Sodann erläuterte Genosse Böhme die soziale Beschaffenheit des Reiches in ausführlicher Weise und knüpfte sich hieran eine längere Diskussion. — Nachdem verschiedene weniger interessante Fragen erledigt waren, wurde Beschwerde geführt, daß am letzten Begräbnis die Beteiligung eine so schwache war. Entschuldigend wurde angeführt, daß viele Kollegen gar nicht gewußt haben, daß der betreffende Kollege zur Zahlstelle gehörte; andere wieder können es mit ihrer Gesinnung, nachdem sie aus der Kirche ausgeschieden sind, nicht vereinbaren, sich von dem Geistlichen vorkommenden Falls angreifen zu lassen. Ueber diese letzte Frage soll in einer der nächsten Versammlungen eingehend diskutiert werden. Nachdem die Mitglieder ersucht wurden, für die nächste Versammlung, in welcher bekanntlich die Neuwahlen stattfinden müssen, besser zu agieren, wurde die Versammlung geschlossen.

d. Hirschau. Am Sonntag, den 11. November, fand hier eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Saal vollständig besetzt. Zum Schluß erschienen noch eine große Anzahl christlich organisierter Arbeiter aus der Umgegend, unter Führung von zwei Christlichen aus Amberg. Auch von unserer Seite war eine große Anzahl organisierter Arbeiter aus Amberg erschienen. Der Saal war vollständig überfüllt, so daß die meisten stehen mußten. Auf der Tagesordnung stand: „Arbeiter- und Unternehmerorganisationen.“ Genosse Fischer aus Nürnberg als Referent schilderte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage in klarer Weise, wie die Unternehmer sich organisieren. Einmal in Trusts, Syndikaten, Kartellen und Ringen um den Preis der Waren zu bestimmen, den Warenvertrieb zu organisieren u. s. w. kurzum sich wirtschaftliche Vorteile zu erringen. Ein zweites Mal schließen sich die Unternehmer in Unternehmer-Verbänden zusammen um der Arbeiterbewegung möglichst wirkungsvoll entgegen zu treten. Die Kräftigung der Arbeiterorganisationen ist deshalb mehr denn je notwendig, zumal wir im Reichen der Lebensmittelveruerung leben. Redner bedauerte daß die Arbeiter ihre Kraft in verschiedenen Organisationen zersplittern, anstatt als geschlossenes Ganzes für Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen. Fischer behandelte dann ausführlich die Hirsch-Dunkerschischen Gewerksvereine, die gelben Gewerkschaften und besonders ausführlich die christlichen Gewerkschaften, die besonders in der Oberpfalz zu verbreiten sich so kolossale Mühe geben. Genosse Fischer brachte auch zur Rede, daß von einem Geistlichen geduldet wurde, ein Arbeiter brauche kein Fleisch. (Zwischenrufe: Pfui!) Zum Schluß schildert Redner das Wesen der freien Gewerkschaften, ihre Ziele und Wege und forderte unter stürmischem Beifall die Anwesenden auf, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. In der Diskussion ergriff zunächst der Militärgeistliche und Präses der christlichen Arbeitervereine, Herr Wimmer, aus Amberg das Wort. Er führte ungefähr aus, daß der Referent sehr Recht habe, wenn er die Notwendigkeit der Organisation betone, wie er überhaupt vollständig Recht hätte in seinen ganzen Ausführungen, bis auf einen Punkt und das sei das große Aber, die christlichen Gewerkschaften. Nur die freien Gewerkschaften wären schuld, daß die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, was sogar Professor Combar in Breslau ausgeführt hätte. Herr Wimmer sprach dann von der christlichen Nächstenliebe, daß sich die Arbeiter unter einander gut vertragen und vereinen sollen. Er griff dann die sozialdemokratische Partei an, zitierte Ansprüche von Bebel u. s. w. Es sprachen danach noch die Herren Stark und Meier aus Amberg. Stark sprach über die Organisation der Arbeiter, über den Klassenkampf und über die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter. Meier sprach über die Zersplitterung der modernen Arbeiterwelt, über die schlechten Lohnverhältnisse der Arbeiter und zum Schluß kam er auch auf die Nächstenliebe zurück, welche Militärgeistlicher Wimmer so fein ausgemalt hatte. Ein zweites Mal sprach Herr Pfarrer Wimmer. Interessant war, aus seinem Munde zu hören, daß die sozialdemokratische Partei es verhältnismäßig leicht hätte; denn sie will nur einem einzigen Stande helfen, die Christlichen müßten aber auf alle Stände Rücksicht nehmen. In seinem Schlusssatz entgegnete Genosse Fischer dem Pfarrer Wimmer in ausgezeichnete Weise. Ganz besonders nahm sich Fischer die Ausführungen, daß die Christlichen für alle Stände zu sorgen hätten, gründlich vor, ferner auch die Angriffe auf die atheistische Weltanschauung und bereitete dem Herrn Pfarrer eine gründliche Abfuhr, unter wiederholtem stürmischem Beifall der weitaus überragenden Mehrheit der Anwesenden. So verlief die von uns einberufene Versammlung. Nun dürften die Christlichen wohl bald zur Ueberzeugung kommen, daß Hirschau für sie verloren ist. Da ist der Schweiß umsonst geflossen.

a. Meuselwitz. In der am 10. November abgehaltenen Zahlstellenversammlung gab zuerst Genosse Meier den Kassenbericht, dazu teilte Genosse Krause als Revisor mit, die Kasse und Bücher in guter Ordnung befunden zu haben und ersucht er, den Kassierer zu entlasten. Sodann wird die Wahl einer Isolations-Kommission vorgenommen. Bei dem Kartellbericht teilt der Delegierte A. Schmidt mit, daß die Tabakarbeiter bei S. in Wintersdorf in eine Lohnbewegung eingetreten sind und daß das Kartell dazu Stellung genommen hat. Zweitens hat man sich einem Antrage der Porzellanarbeiter gegenüber, hier in Meuselwitz eine Auskunftsstelle in gewerblichen Streitigkeiten und dergleichen einzu-

richten, vorläufig ablehnend verhalten. Da es sich mehrere hiesige Gastwirte angelegen sein lassen, das Bier zu verteuern, indem sie dasselbe in 1/10 Gläsern zu verschicken suchen, soll dazu Stellung genommen werden. Sodann wird ein Schreiben der Langenberger Genossen den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben. Daraus geht hervor, daß sich die dortigen Genossen im Lohnkampfe befinden und um Unterstützung ersuchen. Nach kurzer Debatte hierüber, wobei auf das Statut verwiesen wird, geht die Versammlung zur Tagesordnung über. Das Brennerpersonal der hiesigen Fabrik teilt mit, daß es durch eine neue Einteilung an seinem Lohn erheblich geschädigt sei. Nach längerer Debatte über diese Angelegenheit wird die Verwaltung beauftragt, die Angelegenheit mit dem Brennerpersonal eingehend zu untersuchen. Ein Antrag, in nächster Zeit ein kleines Vergnügen abzuhalten wird angenommen. Von einem Genossen werden die Mitglieder in ihrem eigenen sowie im Interesse der Allgemeinheit ersucht, für möglichste Reinlichkeit an ihren Plätzen zu sorgen und jedes Staubaufwirbeln während der Arbeitszeit zu vermeiden.

h. Okerkölitz. Am Sonntag, den 11. November, sprach in sehr mäßig besuchter Versammlung Arbeiterssekretär Josef Seelmann aus Kronach über das Thema: „Machtfragen“. Redner schilderte in seinem circa zweistündigen Vortrage, wie notwendig es sei, daß sich ein jeder Arbeiter, den heutigen Verhältnissen entsprechend, organisieren müßte. Aber leider begreifen das die hiesigen Porzellanarbeiter noch nicht. Trotzdem ein jeder über die Teuerung der Lebensmittel und schlechte Verhältnisse klagt, halten sie es nicht für nötig, in eine Versammlung zu kommen, sie gehen lieber ihrem Vergnügen nach und hängen mehr an anderen Klubbvereinen, die ihnen nur zum Schaden sind. Wann werden einmal die hiesigen Porzellanarbeiter aufwachen und sich ihrer traurigen Lage bewusst werden? Denn nur durch eine stramme Organisation können bessere Verhältnisse geschaffen werden.

w. Oberlind-Sonneberg. Unsere Zahlstellen-Versammlung vom 5. November war von 82 Mitgliedern besucht, über die Hälfte waren Kollegeninnen. Der Kartellbericht konnte nicht gegeben werden, da von den drei Delegierten keiner in der Kartellung zugegen war. Einer war durch Krankheit verhindert; das Fehlen der zwei anderen wurde gerügt. Genau so war es mit dem Kassenbericht. Der Revisor B. war beim Kassierer nicht erschienen, und konnte letzterer deshalb den Abschluß nicht abschicken. Als Revisor wurde sodann Kollege Huldreich Lederbach einstimmig gewählt. Unter Verschiedenem wurde von einem Mitglied auf die Lohnstatistiken der Mädchen hin gewiesen; dieselben sollen nicht genau mit dem Lohnbuch übereinstimmen. Hierauf erklärte der Vorsitzende den anwesenden Kolleginnen den Wert und Zweck der Statistiken und forderte dieselben auf, die Statistiken genau und wahrheitsgemäß auszufüllen, damit wir im Falle einer Bewegung nicht als Lügner dastehen. In längerer lebhafter Diskussion kamen verschiedene Mängel zur Sprache unter anderem auch das geplante Markensystem. Bei den Unorganisierten wurde der Anfang gemacht, an die Organisierten getraute man sich nicht heran. Sämtliche anwesenden Mitglieder waren mit dem Antrage, auf keinen Fall Kontrollmarken an zu nehmen, einverstanden. Es wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, welche über Uebelstände zu beraten hat. Der Kartellvorsitzende Knauer, welcher in der Versammlung anwesend war, sprach in kurzer Rede über den Wert der Organisation und die Ziele des Sozialismus und forderte die Anwesenden auf, namentlich die Frauen, ja fest zusammen zu halten, um derartige Schiebungen wie das Markensystem, ungerechte Strafen etc abzuwehren zu können. Es wurde sodann der faule Versammlungsbefuch durch die männlichen Mitglieder in letzter Zeit kritisiert und hoffen wir, daß die Bummelanten in nächster Zeit sich in den Versammlungen sehen lassen um mit zu raten und zu taten und nicht hinterher die Beschlüsse zu tadeln. Die Allesbessermacher mögen nur in der Versammlung reden, das ist viel besser.

l. Rehau. Die am 17. November statt gehabte Zahlstellenversammlung wurde von 81 Mitgliedern besucht. Die hiesige Zahlstelle hat einen Mitgliederbestand von 208 Mitgliedern. Daß trotz der wichtigen Tagesordnung die Kollegen es nicht der Mühe wert fanden, die Versammlung zu besuchen, ist einzig und allein der Interessenlosigkeit, ganz besonders der Mitglieder der alten Fabrik zuzuschreiben. Zum Quartalsabschluss erstattete der Kassierer Bericht über das II. Quartal, wonach sich eine Einnahme in der Verbandskasse von 1110,56 Mk. und eine Ausgabe von 1085,91 Mk. ergibt, mithin bleibt am Schluß des III. Quartals ein Kassenbestand von 24,65 Mk. Die Einnahme des 12 pSt.-Fonds ergab 211,79 Mk. und eine Ausgabe von 58,15 Mk., einen Kassenbestand von 155,64 Mk. An Streikmarken wurden leider nur 7 Stück verkauft. Der Mitgliederbestand am Schluß des II. Quartals betrug 182. Neu aufgenommen und zugereist sind im III. Quartal 65 Mitglieder, abgereist sind 28 und 16 wurden abgemeldet, das ergibt einen Mitgliederbestand am Schluß des III. Quartals von 208 Mitgliedern. Unter den abgemeldeten Mitgliedern befindet sich auch der frühere Zahlstellenkassierer. Die Bibliothek umfaßt 153 Bände. In Bezug auf die Lohnstatistikenkontrolle wurde berichtet, daß dieselben zum Teil sehr mangelhaft ausgefüllt sind und werden die säumigen Mitglieder ersucht, in ihrem eigenen Interesse selbige nach zu holen. Der Kartellbericht, sowie der Bericht der kombinierten Gewerkschaftsleitung sämtlicher Zahlstellenvorstände Rehaus wurde unter allgemeinem Interesse entgegen genommen. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, in Zukunft bei Versammlungen die Einladungen in Wegfall bringen, und selbige nur durch die Umseife bekannt zu geben.

Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jeden Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

In sämtlichen bis zum Jahreschluss statt findenden Monatsversammlungen der Zahlstellen ist vor allen Dingen die Frage der Lohnstatistik pro 1906 in einer den betreffenden Artikeln in Nummern 45 und 46 der „Umseife“ entsprechenden Weise zu behandeln.

Althaldensleben. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Fürstenberg, Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Amberg. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 8 Uhr, auf der Alm Lohnstatistiken mit bringen. Neuwahl der Verwaltung.

Arzberg. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 1/2 8 Uhr. Neuwahlen. Einforderung der Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher.

Berlin II. Sonnabend, 15. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8, Engellufer 15. Verwaltungswahlen.

Berlin III (Schilbermalers). Donnerstag, 8. Dezember, 8 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 85. General-Versammlung.

Bonn. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Maier.

Breslau. Sonntag, 9. Dezember, 10 1/2 Uhr, im kühlen Strand der Ober Albalberstr. 10. Neuwahl.

Charlottenburg. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 8. Verwaltungswahl.

Obln. Dienstag, 11. Dezember, 9 Uhr, im Lokal Mansbach, Schaafenstr. 4. Neuwahl.

Cortendorf. Montag, 10. Dezember, 8 Uhr. Neuwahl. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.

Eisenberg. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gambrinus. Verwaltungswahl.

Elgersburg. Sonnabend, 8. Dezember, zum Fürstenhof. Neuwahl.

Frankfurt a. M. Sonnabend, 8. Dezember, 8 Uhr, bei Gittfried, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56. Verwaltungswahl. Bibliotheksbücher mit bringen.

Garstitz. Sonnabend, 8. Dezember, im Felsenteller. Neuwahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Geringswalde. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Anker.

Gotha. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, in der Erholung. Neuwahl.

Gräfenain. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Gasthof zum Steiger. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Gräfenroda. Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 8 Uhr, bei Emil Wächter. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken und Mitgliedsbücher mit bringen.

Hermisdorf. Sonnabend, 8. Dezember.

Ilmenau. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, zur „Rosenau“. Verwaltungswahl. Brenner und Schmelzer-Versammlung Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr.

Judenbach. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im „Thüringer Wald“. Verwaltungswahl.

Kolmar. Sonnabend, 8. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal. Neuwahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Kronach. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Bayerischen Hof. Verwaltungswahl.

Köppelsdorf. Montag, 10. Dezember, 7 Uhr, bei Carl Schubert.

Langwieson. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 8 Uhr, „Fürstenhof“.

Leipzig. Sonnabend, 9. Dezember, 8 1/2 Uhr.

Magdeburg. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Meuselwitz. Dienstag, 11. Dezember, 7 Uhr, im Glückauf.

Nürnberg. Sonnabend, 16. Dezember, 8 Uhr, im Moxtorkeller.

Oberhausen. Sonnabend, 8. Dezember, im Vereinslokal. Neuwahl.

Oberland-Sonneberg. Montag, 10. Dezember, 8 Uhr, bei Gruner. Neuwahl der Verwaltung. Lohnstatistiken sowie Bibliotheksbücher mit bringen.

Oberkobbitz. Sonnabend, 15. Dezember, 8 1/2 Uhr, im grünen Grunde. Neuwahl. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.

Pössaek. Freitag, 7. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Neuwahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Potshappel. Montag, 10. Dezember, 7 1/2 Uhr, im deutschen Haus.

Probstzella. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr, bei Amandus Oswald.

Reichmannsdorf. Sonntag, 9. Dezember, 7 Uhr, im Thüringer Wald. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Rheinsberg. Sonnabend, 8. Dezember, 8 Uhr, Verwaltungswahl.

Ruhland. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Deutschen Kaiser. Lohnstatistiken mit bringen.

Se. b. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr. Generalversammlung bei Max Krauthelm. Neuwahl der Verwaltung.

Sitzendorf. Montag, 10. Dezember, abends 1/2 8 Uhr, bei Höhle. Neuwahl der Verwaltung. Lohnstatistiken mitbringen.

Sörnwitz. Sonnabend, 8. Dezember, 7 Uhr, zur Krone.

Spandau. Sonnabend, 8. Dezember, Nischelsdorferstr. 5. Neuwahl.

Suhl. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 8 Uhr, in Dombergs Anstalt. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Tannroda. Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Löwengarten. Neuwahl. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.

Tettau. Sonnabend, 8. Dezember, 6 Uhr, bei Köschlau, Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.

Tiefenfurt. Sonnabend, 8. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal. Neuwahl.

Waldsassen. Sonnabend, 8. Dezember, Neuwahl. Statistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.

Weißwasser. Sonnabend, 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Lohnstatistiken mit bringen.

Zell a. H. Sonntag, 9. Dezember, nachm. 1/2 8 Uhr im Pao. Neuwahl. Statistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.

Dresden. Sonnabend, d. 15. Dezember, abends 1/2 9 Uhr, Mitgliederversammlung, im deutschen Haus, Großhainersstr. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes und Vorschläge für 2 Vertrauensmänner und 2 Revisoren. 2. Bericht der Agitationskommission u. Neuwahl derselben. 3. Bericht des Bibliothekars. 4. Bericht der Kartellbelegierten und Neuwahl derselben. 5. Bericht der Bezirks-Agitations-Kommission und Neuwahl derselben. Vortrag des Kollegen Zietsch-Berlin: **Auf zum Protest!**

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

Magdeburg-Neustadt. Kollegen, welche bei der Firma Untucht & Co. in Arbeit treten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Verwaltung der Zahlstelle zu erkundigen.

Neustadt bei Coburg. Vor Arbeitsannahme in hiesigen Porzellanfabriken werden die Kollegen ersucht, sich über die örtlichen Verhältnisse bei der Zahlstellen-Verwaltung zu erkundigen.

Blumenmaler, auch für Ansichten kolorieren u. Dekor finden gut bezahlte dauernde Stellung. Franz Holmann, Glasmalerei, Saalda i. B.

Maler, tüchtig im Kolorieren, Öl- und Lackmalerei, sucht dauernde Stellung. Gef. Off. u. P. B. 100 an die „Ameise“ erbeten.

Maler, welcher bereits mit Aerographen gearbeitet hat findet in einer Metall- und Lackwarenfabrik gute lohnende und dauernde Beschäftigung. Offerten unter M. B. erbeten.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Zeile oder deren Raum 80 Pfennige. Vorausbezahlung ist Bedingung.

Goldschmiere sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung **Martin Kaufmann, Zwickau, Sa., Grimmitzauerstr. 27.**

Goldschmiere, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtlm in Thüringen.**

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 80 Pfg. angelauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A., Sneyfenastr. 6.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldwatte • Staubgold • Goldabfälle • etc. Höchste Preise dafür zahlt Frau **A. Hecht, Berlin N., Strelitzerstr. 70.**

Staubgold * Goldwatte * Glanzgold und alle in der Vergoldung vorkommenden **Abfälle** kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

Goldschmiere u. alle goldhaltig. Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Prozentsatz frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 18.**

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplantz b. Zwickau in Sachsen.**

An die Organempfänger!

Bei Nachbestellung von „Ameisen“ wollen die Kollegen — Zahlstellenassessor oder Organempfänger — doch darauf achten, daß nur dann mehr Exemplare ab gegeben werden können, wenn mit der Angabe der gewünschten Blätterzahl zu gleich auch die momentane Mitgliederzahl der Zahlstelle genannt wird. — Ebenso werden die Zahlstellenassessor auch ersucht, bei einer Verminderung der Zahlstellenmitglieder dieses der Expedition bekannt zu geben, um eine unnötige Abgabe der Blätter zu verhindern. **Die Expedition.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Zietsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 8. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.

ANZEIGEN.

Aufruf! Für die Kinder der in Sorau ausständigen Kollegen soll eine Weihnachtsbescherung statt finden. Kollegen und Zahlstellen, die sich an dieser Sammlung beteiligen wollen, werden gebeten, ihre Gaben bis spätestens zum 23. Dezember, an den Kollegen **Karl Göthert, Sorau, Friedländerstr. 40 IV.** senden zu wollen. Die Quittung über die eingegangenen Gelder erfolgt nach Weihnachten in der „Ameise“.

Kolmar. Sonntag, 9. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Zentral-Hotel, öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung. Vortrag: „Sibt es einen Gott?“ Referent: **Ed. Richter, Eine zahlreiche Beteiligung erwartet.** Die Verwaltung.